

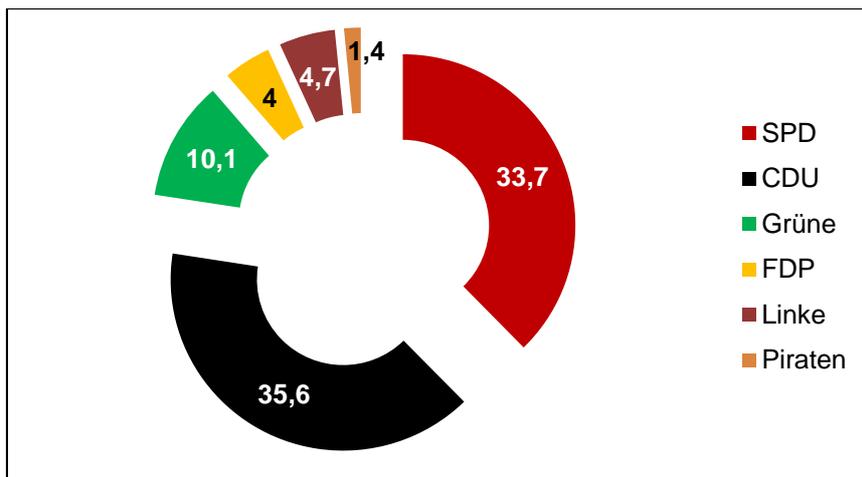
**NORBERT RÖMER -
POLITISCHER BERICHT
28. MAI 2014**

Europawahlen 2014: Ein gutes Ergebnis für die NRW-SPD

Die Europawahlen waren für die NRW-SPD ein Erfolg. Mit 33,7 Prozent liegen wir nur noch knapp hinter der CDU. Vor allem: Wir haben im Vergleich zu 2009 über acht Prozentpunkte hinzugewonnen. Das insgesamt gute Ergebnis der SPD bundesweit beruht somit ganz wesentlich auf unserem Wahlerfolg.

Die Europa-Wahlen sind nicht mehr nur kleine Bundestags- und Denkmittelwahlen. Es zahlt sich aus, mit explizit europapolitischen Themen Wahlkampf zu führen. Hinzu kam ein sehr starker Spitzenkandidat, der unserer Europa-Politik Glaubwürdigkeit und Kompetenz verliehen hat. Martin Schulz war unser Gesicht für Europa, während sich die CDU nur die Kanzlerin zu plakatieren traute.

NRW-Ergebnis der Europawahlen 2014 in Prozent
(Quelle: Landeswahlleiterin)





Klar ist: Kommissionspräsident kann nur derjenige werden, der auch die Unterstützung der Sozialdemokraten im EU-Parlament hat. Es sei denn, Jean Claude Juncker oder ein anderer Kandidat möchte sich von den Parteien Viktor Orbans oder Silvio Berlusconis abhängig machen. Dass sich die Bundeskanzlerin und andere konservative Regierungschefs von ihrem Spitzenkandidaten zu distanzieren beginnen, beschädigt die europäische Demokratie. Jean Claude Juncker muss jetzt den Sozialdemokraten ein angemessenes personelles und inhaltliches Angebot machen.

Kommunalwahlen 2014: Es ist noch nicht vorbei!

Die Ergebnisse der Kommunalwahl sind nicht ganz eindeutig: Zwar hat die SPD landesweit zugelegt, aber nicht in dem Maße, wie wir uns erhofft haben. Gleichwohl haben wir bei den absoluten Wählerstimmen gegenüber 2009 zugelegt: um 13.000 auf 2,135 Millionen. Die CDU hat 170.000 Stimmen verloren. Es zeigt sich wieder, dass die kontinuierliche Präsenz vor Ort, der sichtbare Wille, sich um die Probleme einer Gemeinde zu kümmern, die besten Voraussetzungen für kommunale Wahlerfolge sind. Dann sind wir auch in abundanten Kommunen stark: In Attendorn, Kreuztal und Erndtebrück stellen wir den Bürgermeister – mit starken Ergebnissen.

Und natürlich schauen wir auch alle auf Düsseldorf. Hier hat Thomas Geisel gezeigt, was es heißt zu kämpfen. Entgegen aller Vorhersagen und Umfragen hat er Dirk Elbers in die Stichwahl gezwungen. Wir alle werden Thomas nun helfen, damit wir in drei Wochen sagen können: Landeshauptstadt und Land – Hand in Hand. Die Botschaft ist klar: Wir sind die Nummer 1 in den Städten.

Der Kommunalwahlkampf ist noch nicht vorbei. In 41 Stichwahlen in Kreisen, Städten und Gemeinden müssen sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bewähren. Die Kunst besteht jetzt darin, die Motivation unserer Parteimitglieder aufrechtzuerhalten. Es gibt noch viel zu gewinnen!

Das Kommunalwahlrecht braucht Korrekturen

Die neuen Räte sind durch die erzwungene Abschaffung der Fünf-Prozent-Hürde wieder gezeichnet. Der Trend zur Zersplitterung hält an. Die Vielzahl von Klein- und Kleinstgruppierungen mit nur minimaler demokratischer Legitimation wird für eine effektive Ratsarbeit zur Belastung. Die Klein- und Kleinstgruppen haben zwar Verhinderungs-, aber keine Gestaltungsmacht. Sie dängen die Volksparteien zu Großen Koalitionen, die niemand will und die Wahl zwischen Alternativen erschwert. Die Einführung einer neuen Sperrklausel muss weiterhin unser Ziel sein. Möglichkeiten, die Geschäftsordnungen der Räte zu reformieren, müssen rasch geprüft werden. Die unterschiedliche große demokratische Legitimation einer Fraktion oder Gruppierung muss sich auch in Verfahrensregelungen, zum Beispiel den Redezeiten, niederschlagen.

Zudem gilt es, das Wahlsystem zu überprüfen, insbesondere die Verrechnung von Stimmen in Mandate. Es mehren sich undemokratische Effekte: Nicht jede Stimme ist mehr gleich viel wert. Die (wenigen) Stimmen für die Kleingruppen wiegen schwerer als die Stimmen für große und mittlere Parteien. Das verstößt gegen ein elementares Kennzeichen der demokratischen Wahl: One Man, One Vote!

Sechs Milliarden Euro für Kitas, Schulen und Unis

Die Bundesregierung hat sich mit den Ländern auf die Bedingungen der künftigen Bildungsfinanzierung geeinigt. Die Einigung geht in die richtige Richtung. Der Bund wird ab dem 1. Januar 2015 die gesamte Finanzierung der BAföG-Leistungen übernehmen. Das entlastet unseren Etat um rund 280 Millionen Euro im Jahr. Derzeit werden 206 Millionen Euro BAföG-Leistungen für Studierende und 73 Millionen Euro für Schülerinnen und Schüler aus Landesmitteln bezahlt. Insgesamt stehen aus Bundesmitteln künftig sechs Milliarden Euro zur Verfügung – fünf Milliarden Euro für die Bereiche Wissenschaft, Schulen und Hochschulen sowie eine Milliarde Euro für die Kitas und Krippen. Beides ist sehr wichtig und passt in unseren politischen Grundsatz: ‚Kein Kind zurücklassen‘.



Auch für die Kommunen gibt es eine gute Nachricht: Der Bund übernimmt Kosten für die Eingliederungshilfe in Höhe von einer Milliarde Euro bundesweit. Das Geld landet direkt in den Kassen der Kommunen, das ist nun sichergestellt.

Was vorher in den Koalitionsverhandlungen nicht gelang, hat die SPD jetzt zumindest für den Bereich Wissenschaft und Forschung durchgesetzt: Die Koalition wird gemeinsam eine Änderung des Grundgesetzes anstreben, um dem Bund die institutionelle Förderung von Hochschulen zu eröffnen. Wir fordern nach wie vor, auch das Kooperationsverbot für den Schulbereich aufzuheben. Noch will die Union dem nicht zustimmen.

Auf die konkreten Verhandlungsergebnisse zwischen Bund und Ländern wird es auch beim Thema „Kitas und Krippen“ ankommen. Die Einigung im Kita-Bereich muss für die spezifischen Länderbedarfe offen und flexibel sein.

Weitergehende Informationen findet Ihr in unserem Intranetangebot.